**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/1638**

06. 06. 95

# Große Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Dr. Angelika Köster-Loßack, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

## Politik der Bundesregierung und entwicklungspolitische Ansätze zum Schutz der tropischen Wälder unter besonderer Berücksichtigung Brasiliens Teil II

*A. Kontraproduktive Rahmenbedingungen und Scheitern der Konditionalisierung*

Nach offiziell weit verbreiteter Meinung soll die Entwicklungszusammenarbeit Entwicklungsanstrengungen der Nehmerländer durch konkrete Leistungen vor allem modellhaft unterstützen und dabei auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen auf der Nehmerseite hinwirken. So ist auch für die Tropenwald-Entwicklungszusammenarbeit wiederholt von bi- wie multilateralen Gebern die Bedeutung eines günstigen, zumindest nicht kontraproduktiven Politikumfeldes hervorgehoben worden. Bei ungünstigen Rahmenbedingungen erscheint Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich sinnlos, da ihre Effekte nicht nachhaltig sein können oder von entgegenlaufenden Prozessen neutralisiert werden. Das Drängen der Geberseite auf kohärente Rahmenbedingungen ist aber in vielen Fällen folgenlos geblieben und scheint kaum noch ernst gemeint zu sein. Im Sinne partnerschaftlicher Beziehungen wie auch eines umfassenden Vorgehens ist zudem problematisch, daß die Rahmenbedingungen im Norden in diese Kohärenzforderungen nicht einbezogen sind.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Ist für die Bundesregierung die Kohärenz der ökologischen und sozialen Ziele der Tropenwaldschutzprojekte mit den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Empfängerländern die Voraussetzung für die Zusage von Mitteln der Finanziellen Zusammenarbeit?

2. Für welche Länder erscheinen diese Rahmenbedingungen derzeit so günstig, daß ein tropenwaldpolitisches Engagement der Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll erscheint, für welche erscheinen sie eher ungünstig?

3. Gehören Investitionen (wie Straßen, Kraftwerke, Naturressourceninventuren) nach Auffassung der Bundesregierung zu den riskanten Rahmenbedingungen, da sie oft eine Öffnungsfunktion für Tropenwälder haben und unkontrollierbare Folgewirkungen auslösen?

4. Welche Erfolge im Sinne der Verbesserung der Rahmenbedingungen hat die Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet der Tropenwaldarbeit bisher aufzuweisen?

*I. Beobachtung der Kohärenz der Rahmenbedingungen*

1. Gibt es insbesondere in der brasilianischen Umweltpolitik seit Dezember 1991, als die G 7 Brasilien die finanziellen Zusagen für das Pilotprogramm machten, eher Verbesserungen oder Verschlechterungen?

2. Welche Verschlechterungen der Rahmenbedingungen auf der nationalen Ebene Brasiliens – außer der Verwässerung des Waldgesetzes, der Annullierung von 22 Naturschutzgebieten, der Durchführung des Carajás-Exportkorridor-Projekts, der Zusage von Milliardenkrediten für Investitionen in Amazonien durch die Banco Nacional de Desenvolrimento Econômico e Social – sind der Bundesregierung bekannt?

3. Welche Verschlechterungen der Rahmenbedingungen auf der Ebene einzelner brasilianischer Bundesländer – wie etwa dem Widerstand gegen Indianerland-Demarkierungen in Roraima und Maranhão, dem Fernstraßenbau in Acre, dem Staudamm-Vorhaben im Küstenregenwald von São Paulo oder der Verschlechterung der Waldpolitik in Paraná – sind der Bundesregierung bekannt?

4. Signalisiert die Bundesregierung nicht Gleichgültigkeit und Inkonsequenz in der Kohärenzfrage, wenn sie mit der acreanischen Landesregierung jahrelang über ein Projekt zur ökologischen Landnutzungsplanung verhandelt, während diese den Fernstraßenbau in Richtung auf Primärregenwälder vorantreibt?

*II. Einflußmöglichkeiten auf kontraproduktive Rahmenbedingungen*

1. Welche wirksamen Instrumente und Mechanismen stehen der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung, um Einfluß zu nehmen in Richtung auf die Sicherung der notwendigen Rahmenbedingungen, auf deren verabredete Verbesserung oder auf deren Korrektur, sofern die Rahmenbedingungen sich verschlechtern?

   Nutzt die Entwicklungszusammenarbeit diese Möglichkeiten?

   Hält die Bundesregierung diese Ansätze für ausreichend?

2. Was sind nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe für die unzureichende Kohärenz der jeweiligen nationalen Politik in verschiedenen Nehmerländern mit den Zielen der Tropenwald-Zusammenarbeit?

3. Hat es einen Dialog mit den betroffenen Regierungen, einschließlich der brasilianischen Bundesregierung, über solche Inkohärenzen und ihre Überwindung gegeben?

   Wo nein, warum nicht?

4. Hat die Bundesregierung jemals überprüft, und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis, wie viele Verstöße gegen Geist oder Buchstaben der Vereinbarungen zu Rahmenbedingungen von Projekten (wie Planafloro, Forstprojekt Elfenbeinküste etc.) die Weltbank zuläßt?

   Ist die Interventionsschwelle der Weltbank bei solchen Verstößen nach Ansicht der Bundesregierung eher zu hoch oder zu niedrig?

5. Wird die Bundesregierung beim für Mitte 1995 vorgesehenen Teilnehmertreffen des Brasilien-Pilotprogramms konkret und umfassend die Kohärenz der Rahmenbedingungen der brasilianischen Politik diskutieren?

6. Sieht die Bundesregierung eventuell einen ähnlichen Politikdialog auch mit anderen Nehmerländern ihrer Tropenwald-Zusammenarbeit vor?

*III. Kohärenz der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen*

1. Welche Rolle spielen nach Ansicht der Bundesregierung Faktoren wie Konjunkturverlauf, strukturelle Armut, Verschuldung, Austauschbeziehungen und andere weltwirtschaftliche Einflüsse für die Fähigkeit eines Nehmerlandes zu kohärenter Tropenwaldschutzpolitik?

2. Erfordern nach Ansicht der Bundesregierung die Prinzipien der Glaubwürdigkeit und Fairneß, daß Anforderungen an eine Veränderung der relevanten Rahmenbedingungen nicht nur an die schwächeren Länder (die Tropenwaldländer und insbesondere die ärmeren Tropenwaldländer) gerichtet werden, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten an alle an der Tropenwaldvernichtung direkt und indirekt beteiligten Länder, einschließlich der Industrieländer?

3. Ist es für die Bundesregierung eine relevante Frage, ob die europäische oder deutsche Wirtschaft und Politik etwa in ihren Geschäften im Bereich Sojaimport, Erzimport oder Holzimport aus Amazonien den Zielen des Tropenwaldschutzes entgegenwirken?

4. Welche internationalen, europäischen, deutschen Rahmenbedingungen sind nach Ansicht der Bundesregierung für den Erfolg von Tropenwaldschutzansätzen wichtig?

5. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Beratungen des von der GKKE mitorganisierten und von der Bundesregierung mitfinanzierten deutsch-brasilianischen „Runden Tisches" für die Carajás-Region im Sinne einer größeren ökologischen und sozialen Kohärenz der deutschen Politik mit den Bedürfnissen dieser Regionalgesellschaft?

*B. Reform und Neuordnung der Tropenwaldpolitik*

Die Tropenwaldschutzprojekte der vergangenen acht Jahre sind weitestgehend von Erfolglosigkeit geprägt. Zahlreiche Schutzinitiativen stagnieren in einem wirtschaftlichen und politischen Umfeld, in dem das Interesse an der ökologisch und sozial rücksichtslosen Nutzung der Tropenwälder dominiert. Wirtschaftsunternehmen und regionale Regierungen setzen unterdessen die Tropenwaldzerstörung vielerorts durch Holzeinschlag, Bergbau oder Straßenbau massiv fort. Die meisten umweltorientierten Entwicklungsvorhaben setzen bisher am Ende von naturzerstörenden oder sozial unverantwortlichen Verursachungsketten an, so etwa bei der Förderung von Naturschutzgebieten. Gleichzeitig folgen viele Vorhaben unerprobten technokratischen oder zentralistischen Konzepten der Raumordnung oder Forsterschließung, die mit hohen Risiken beladen sind, zumal bisher nur traditionelle Wirtschaftsweisen ökologisch verträglich erscheinen. Die Tropenwaldpolitik erscheint in dieser Situation perspektivlos, da sie die Ursachen der Zerstörungen weitestgehend aus ihren Bemühungen ausklammert oder in den kraftlosen Bereich des Politikdialogs verweist. Der rücksichtslose Zugriff internationaler und nationaler Unternehmen auf Tropenwaldressourcen, die Förderung der Tropenwalderschließung durch Regierungen, der weltwirtschaftlich erheblich verschärfte Druck zur Nutzung wenig belastbarer Standorte und ressourcenverschwenderische Konsum- und Produktionsmodelle der Industriegesellschaften drohen binnen weniger Jahrzehnte die verbliebenen Tropenwälder weitestgehend zu zerstören. Diese übermächtigen Faktoren gefährden nicht nur die schwachen Schutzinitiativen der Entwicklungszusammenarbeit, sie drohen diese sogar für ihre Zwecke zu instrumentalisieren oder zum Feigenblatt zu degradieren. Tropenwaldschutz scheint vor diesem Hintergrund deshalb dauerhaft nur dann eine Chance zu haben, wenn er zur Querschnittsaufgabe der internationalen Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik wird.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Läßt sich die Bundesregierung in der Auswahl, Zusammenstellung und Anwendung der verschiedenen möglichen Instrumente des Tropenwaldschutzes (Finanzierung von Schutzgebieten, Schuldenerlaß, ökologisch ausgerichtete Handelsbeschränkungen, internationale Vereinbarungen, politische Stärkung lokaler Umweltschützer u. v. a. m.) von fundierten Wirkungsanalysen anleiten, die dem Stand der entwicklungs- und umweltpolitischen Erkenntnis entsprechen?

   Wenn ja, wie drückt sich das in der Gestaltung ihrer Tropenwaldpolitik gegenüber dem „Business-as-usual" früherer Jahre aus?

2. Wie interpretiert und erfüllt die Bundesregierung die Empfehlung der Klima-Enquete-Kommission zu „wesentlichen Korrekturen und Ergänzungen" ihrer Tropenwaldpolitik?

3. Ist die Bundesregierung bereit, die Kohärenz der verschiedenen Ressorts ihrer Politik (Landwirtschaft, Handel, Finanzen,

Entwicklungszusammenarbeit, Ausfuhrbürgschaften, Verbraucherpolitik etc.) mit den Zielen des Tropenwaldschutzes zu überprüfen?

Wenn nein, warum nicht?

*I. Reform der Entwicklungszusammenarbeit*

1. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen kohärent ist mit den Zielen des Tropenwaldschutzes?

   Wenn nein, wo sieht sie die größten Inkohärenzen?

2. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß eine verbesserte Kontrolle der multilateralen Entwicklungsbanken und ihrer ökologischen Fonds erheblich dazu beitragen kann, um ökologisch und sozial schädliche Auswirkungen ihrer Projekte und Strukturanpassungspolitik auf die tropischen Wälder zu vermeiden?

3. Könnte nach Ansicht der Bundesregierung die Einführung einer umfassenden Haftpflicht und Schadenersatzpflicht der bi- und multilateralen Entwicklungsorganisationen zur Prävention sozialer und ökologischer Schäden in Tropenwaldregionen beitragen?

4. Befürwortet die Bundesregierung eine Ausdehnung der Zuständigkeit der Beschwerdekommission bei der Weltbank (Inspection Panel) auf die Tätigkeit der IFC und der MIGA und die Einrichtung einer Beschwerdekommission für die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland?

   Wenn nein, warum nicht?

*II. Nord-Süd-Ausgleich als Voraussetzung für Tropenwaldschutz*

1. Wäre es für die Bundesregierung untersuchenswert, wie für die Tropenwaldländer angesichts der weitgehenden Inkohärenz ihrer Waldpolitik durch gezielte wirtschaftliche und politische Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft die Chancen für eine ökologisch und sozial kohärente, partnerschaftliche Tropenwaldschutzpolitik verbessert werden könnten?

2. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der Abbau der Schuldenlast der Tropenwaldländer notwendig ist, um die ökonomischen Spielräume für dauerhaften Tropenwalderhalt zu schaffen?

3. Welchen Anteil machen die bisherigen Schuldenerlasse der Bundesregierung an einzelne Tropenwaldländer an deren gesamter Auslandsverschuldung aus?

   Welche weiteren Schuldenerlasse plant die Bundesregierung?

4. Lassen sich derartige Schuldenerlasse in zusätzliche Chancen für Tropenwaldschutz verwandeln, solange von der fortbestehenden Restschuld noch ein erheblicher Druck auf die Zerstörung der Tropenwälder ausgeht?

5. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß deutsche und europäische Importe aus Tropenwaldregionen dort erheblich zur Tropenwaldzerstörung beigetragen haben bzw. noch beitragen?

6. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um eine ökologische und soziale Verträglichkeit des Außenhandels mit Tropenwaldregionen zu erreichen?

7. Gibt es Vorkehrungen und Koordinationsbemühungen, um zu vermeiden, daß exportorientierte Projekte und Programme zu Überproduktion, Preisverfall und Ressourcenzerstörung in Waldregionen führen?

8. Erwartet die Bundesregierung von der freiwilligen Kennzeichnung von schonender produziertem Tropenholz konkrete Reduktionen in der Vernichtung und Degradierung von Tropenwäldern?

*III. Politische Stärkung des Tropenwaldschutzes*

1. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Umweltschützer in Tropenwaldländern politisch zu stärken?

   Sieht die Bundesregierung Spielräume, eine solche Unterstützung auch durch die Förderung hiesiger Partner solcher NRO zu leisten?

2. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung auf internationaler und europäischer Ebene für die Unterstützung der indigenen Völker und anderer traditioneller Nutzergruppen der Tropenwälder?

3. Stellen die ökologischen und sozialen Richtlinien und besten Ansätze der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verbindliche Leitlinien für die Verhandlungsposition der Bundesregierung in den internationalen Vereinbarungen um den Schutz tropischer (und anderer) Wälder dar?

4. Hält die Bundesregierung internationale Vereinbarungen zum Tropenwaldschutz für möglich, die verbindliche Naturwaldflächenziele beinhalten?

5. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß internationale Vereinbarungen zum Waldschutz zu Vereinbarungen über intensivere Waldnutzung geraten könnten?

6. Wäre die Bundesregierung bereit, angesichts der anhaltenden Dringlichkeit der Thematik im Tropenwaldbericht der Bundesregierung jährlich über die Entwicklung des Tropenwaldbestandes zu berichten und dabei die Frage der Kohärenz der nationalen und internationalen Politik angemessen einzubeziehen?

Bonn, den 6. Juni 1995

**Dr. Uschi Eid**
**Dr. Angelika Köster-Loßack**
**Wolfgang Schmitt (Langenfeld)**
**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**



Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333